

Generalsekretär Peter Hintze:

Roter Händedruck in Schwerin



Im Schatten der Bonner Regierungsbildung haben SPD und PDS die mangelnde Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit genutzt, um das erste hoch-offizielle SPD-PDS-Bündnis zu schließen.

Nur neun Jahre nach der Überwindung von Mauer und Stacheldraht ermöglicht die SPD Honeckers Erben die Rückkehr zur Macht. Gysis Plan geht auf:

1. Weiterführung der SED
2. Umbenennung der SED in PDS
3. Machtbeteiligung der PDS durch Tolerierung der SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt
4. SPD verhilft PDS zu einer Bundestagsvizepräsidentin
5. Offene Regierungskoalition von SPD und PDS in Schwerin – 6. ?

Es ist ein Verrat an der Freiheitsbewegung in der DDR, daß sich SPD und PDS die Hände reichen zur verhängnisvollen Zusammenarbeit. Das Maß an Geschichtsvergessenheit der SPD muß jeden Demokraten empören. Die PDS ist in ihrem programmatischen Kern weiterhin SED-pur! PDS-Landeschef Helmut Holter nennt seine Partei in dreister Offenheit „sozialistisch, anti-kapitalistisch und systemoppositionell.“ ■

HEUTE AKTUELL

● Auszeichnung

Helmut Kohls Kanzlerschaft war eine gute und glückliche Zeit für Deutschland. Seite 3

● Bundesvorstand

Wolfgang Schäuble schlägt Angela Merkel zur neuen Generalsekretärin vor: Sie zeichnet sich durch Dialogfähigkeit und Durchsetzungskraft aus. Seite 4

Angela Merkel: Wir müssen angreifen und vernünftige Alternativen aufzeigen. Seite 5

● Außenpolitik

Der Koalitionsvertrag läßt vieles offen. Seite 12

● Dokumentation

Was kommt da auf uns zu? Eine kritische Betrachtung der rot-grünen Koalitionsvereinbarung. Grüner Teil

● UiD Extra

Wolfgang Schäuble und Theo Waigel: Worauf sich bauen läßt. Wir haben das Fundament für eine gute Zukunft gelegt. Innenteil

Böses Spiel

Stollmann hat sich dem offensichtlich von den Sozialdemokraten geplanten bösen Spiel entgegen, ihn ohne eigene politische Gestaltungsmöglichkeiten in der neuen Regierung eine Zeitlang mitzuschleppen, weil Schröder bei ihm eben im Wort war. **FAZ**

Weggeboxt

Ohne Rücksicht auf Verluste setzt der Saarländer-Oskar "Napoleone" Lafontaine – seine Interessen durch: programmatisch wie personell. Jetzt hat er Schröders Köder für die "neue Mitte" weggeboxt. **Rheinische Post**

Weggebissen

Daß Stollmann von der SPD weggeblissen und von einem ehemaligen VEBA-Geschäftsführer ohne festen Job ersetzt wurde, ist auf vielfache Weise symptomatisch. Sowohl für die Unbekanntheit, mit der die SPD ihre Wähler getauscht hat, als auch für das Maß an unüberwindlichem Ekel, den ein Mann wie Stollmann in sozialdemokratischen Kreisen aufgelöst haben muß. **Die Welt**

Fiasko für Schröder

Stollmanns Abgang ist ein Fiasko für Schröder, ein denkbar schlechter Start für die neue Regierung, die offiziell ja noch gar nicht im Amt ist. Ist schon der Koalitionsvertrag nicht der erhoffte große Wurf, so ist das Personaltheater erst recht beschämend. **Express**

Wähler-täuschung

Schröder zaubert einen weiteren Manager aus dem Hut, der alle Entscheidungen widerspruchslos zu schlucken hat. Auch das ist Wähler-täuschung. Kein guter Start für die neue Regierung. Und keine gute Hoffnung auf eine wirklich neue Politik. **SWR**

Angela Merkel: 40.000 Stellen in der Atomindustrie gefährdet

Zu Zerreißproben des künftigen Regierungsbündnisses wird nach Ansicht von Angela Merkel der rot-grüne Kompromiß zum Atomaus-

stieg führen. Er ist mehr ein Formelkompromiß als ein richtiger Fahrplan. Die Ausstiegsfristen sind nicht richtig festgeschrieben; und auch: was

mit den Wiederaufbauverträgen z.B. mit Frankreich geschehen soll, bleibt offen. Unbeantwortet die Frage nach neuen Zwischenlagerkapazitäten.

Ohne mit "Schreckensszenarien" kommen zu wollen, so Angela Merkel, stehen rund 40.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Sorge bereitet außer-

dem, daß bei fehlender politischer Unterstützung für die friedliche Atomenergienutzung Forschung und Entwicklung auf der Strecke bleiben werden.

DAS WICHTIGSTE NR. 36 DER WOCHE AUF EINER SEITE

Die Deutschen haben zwar diese Koalition gewählt, aber diese Politik nicht verdient.

Wolfgang Schäuble

Kein neuer Aufbruch, sondern Rückschritt

Zum Abschluß der rot-grünen Koalitionsverhandlungen erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Wolfgang Schäuble**, und der 1. Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, **Michael Glos**:

- Eine Enttäuschung für alle, die an die Versprechungen Gerhard Schröders geglaubt haben. Die Umsetzung dieser Politik ist kein neuer Aufbruch, sondern Rückschritt. Der Aufschwung, den wir als Folge der Reformentscheidungen der bisherigen Bundesregierung sowohl konjunkturell wie am Arbeitsmarkt verzeichnen können, wird dadurch zunichte gemacht.
- Die angekündigte Steuerreform ist halbherzig, widersprüchlich und unausgewogen. Sie führt zur Belastung von Mittelstand und Unternehmen und damit zur Vernichtung von Arbeitsplätzen.
- Die Rücknahme aller Maßnahmen, die zur Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt 1998/99 beitragen, wird die Chance auf mehr Arbeitsplätze drastisch verschlechtern. Das Aussetzen der Rentenreform 1999 der Regierung Kohl wird die Beitragszahler im nächsten und übernächsten Jahr über vier Milliarden Mark kosten.

- Entgegen den Ankündigungen im Wahlkampf hätte der designierte Arbeitsminister vorsorglich schon jetzt eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit für möglich gehalten.
- Im Bereich der Energiepolitik sind nationale Alleingänge bei der Besteuerung ebenso der völlig falsche Weg, wie es der angekündigte Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie wäre.
- Die generelle Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit wird die Integration ausländischer Mitbürger nicht fördern, sondern gefährden.
- Die Koalitionsvereinbarung besteht im wesentlichen aus Absichtserklärungen, Überschriften, der Einsetzung von Kommissionen und aus Verschiebungen auf der Zeitachse anstatt aus konkreten Vorschlägen zur Lösung der Probleme.
- Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung dokumentiert die innere Zerrissenheit und Widersprüchlichkeit dieses Parteienbündnisses: Modern wirken wollen, aber rückwärts gewandte Rezepte verfolgen.
- Diese Koalitionsvereinbarung ist ein Dokument der alten Linken. Sie verfehlt den Anspruch, Deutschland in eine gute Zukunft zu führen.

Gute Abschlußbilanz

Mit 2,7 Prozent wächst trotz der internationalen Finanzkrisen die deutsche Wirtschaft 1998 nach dem Herbstgutachten der sechs großen Wirtschaftsforschungsinstitute stärker als bisher vorausgesagt. Auch die Zahl der Ar-

beitslosen geht deutlicher zurück als erwartet: seit der Jahreswende bis zum Herbst um – saisonbereinigt – rund 325.000. Gunnar Uldall: Rot-Grün sollte mit diesem guten Erbe verantwortungsvoll umgehen.

Gefährlicher Irrweg

Entschieden haben die CDU/CSU-Haushaltspolitiker Roth und Austermann Plänen des designierten Finanzministers Lafontaine widersprochen, die Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt 1999 auszuweiten. Diese Ausweitung

wäre verfassungswidrig; denn von einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts kann nicht die Rede sein. Beschworene Haushaltsrisiken sind Folgen aus dem rot-grünen Koalitionsvertrag.

Generalsekretär Peter Hintze:

Helmut Kohls Kanzlerschaft war eine gute und glückliche Zeit für Deutschland

In 16 Jahren als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland hat Helmut Kohl eine Epoche geprägt. In keiner Phase der Geschichte unseres Kontinents haben sich Deutschland und Europa auf friedliche Weise so positiv verändert wie in seiner Amtszeit. Helmut Kohl selbst hatte als die gestaltende Kraft der deutschen und europäischen Politik maßgeblichen Anteil daran.

Wir erinnern an die wegweisenden Entscheidungen: die Sicherung des westlichen Bündnisses durch die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, die Konsolidierung Deutschlands im Innern durch Wirtschaftsstärkung und Sozialreformen, die erfolgreiche Realisierung der deutschen Einheit und die fortschreitende Einigung Europas bis hin zur Währungsunion. Helmut Kohls Kanzlerschaft war eine gute und glückliche Zeit für Deutschland

Ebenso wie seine politischen Leistungen wird der politische Stil Helmut Kohls auch für künftige Zeiten wirken. Stets war Helmut Kohl der Kanzler aller Deutschen. Leidenschaft in der Sache und Liebe zu den Menschen zeichnen ihn aus. Auch in seiner zukünftigen politischen Arbeit wird sein Wort hohes Gewicht haben.

Hohe Auszeichnung für Helmut Kohl

Mit einer besonders hohen Stufe des Bundesverdienstkreuzes hat Bundespräsident Roman Herzog den Bundeskanzler an seinem letzten Amtstag ausgezeichnet. Diese Auszeichnung hat vor Kohl nur der erste Bundeskanzler, Konrad Adenauer, erhalten. „Das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschlands“ ziert zusätzlich ein Lorbeerkranz.

Helmut Kohl soll Ehrenvorsitzender werden

Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 22. Oktober im Bonner Konrad-Adenauer-Haus hat auf Antrag von Wolfgang Schäuble beschlossen, dem 11. Bundesparteitag vorzuschlagen, Helmut Kohl zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit zu wählen – mit Sitz und Stimme in allen Organen der Bundespartei, so wie es die Parteisatzung vorsieht.

Generalsekretär **Peter Hintze:** „Wir werden deshalb die Tagesordnung des Parteitags ergänzen und nach dem Bericht von Helmut Kohl einen neuen Tagungspunkt ‚Wahl des Ehrenvorsitzenden‘ einführen. Wir sind sicher, daß der Parteitag unserem Votum, das einstimmig ohne Enthaltung ergangen ist, folgen wird.“

Wolfgang Schäuble schlägt Angela Merkel zur neuen Generalsekretärin vor:

Sie zeichnet sich durch Dialogfähigkeit und Durchsetzungskraft aus

Ich habe dem Präsidium und dem Bundesvorstand mitgeteilt, daß ich für den Fall meiner Wahl als CDU-Vorsitzender dem 11. Parteitag vorschlagen werde, Angela Merkel zum Generalsekretär zu wählen.

Der Parteitag wählt den Generalsekretär auf Vorschlag des Vorsitzenden, und wir hatten auf unserer letzten Bundesvorstandssitzung verabredet, daß ich heute diese Mitteilung machen werde.

Frau Merkel verfügt über große Erfahrungen als stellvertretende Bundesvorsitzende, als Vorsitzende einer Vereinigung und als Vorsitzende eines großen Landesverbands. Sie kennt die Partei ungewöhnlich gut, sie ist aber auch in zwei schwierigen Ressorts der Bundesregierung außergewöhnlich erfolgreich gewesen.

Sie ist leistungsfähig und standhaft. Sie verbindet Gelassenheit und Freundlichkeit mit großer Pffiffigkeit in der Sache – gerade auch in Stürmen unserer zeitweilig aufgelegten öffentlichen Diskussionsprozesse.

Sie verbindet Dialogfähigkeit mit Durchsetzungskraft und stellt sich vor allem immer wieder den Fragen, die auch acht Jahre nach der Wiedervereinigung in der Rangfolge der politischen Themen ganz oben stehen: Fragen, die mit der Überwindung der Folgen von 40 Jahren Teilung in unserem Land zu tun haben.

Gerade auf diesem Gebiet verfügt Angela Merkel über Erfahrungen wie kaum ein anderer. Sie ist auch deswegen nach

meiner Überzeugung in besonderer Weise geeignet, zusammen mit einem möglichen Parteivorsitzenden Schäuble die Union in eine gute Zukunft zu führen.

Ich stelle mir im übrigen vor, daß der Parteivorsitzende und sein Generalsekretär einander nicht unbedingt sehr ähnlich sein müssen. Sie sollten – einander ergänzend – unterscheidbare Akzente setzen und damit, soweit das möglich ist, auch unterschiedliche Positionen der großen Volkspartei CDU widerspiegeln.

Pressekonferenz am 22. Oktober im Konrad-Adenauer-Haus

Es ist langjährige Praxis, daß der Parteivorsitzende auch eine weitere Personalfrage vorbereitet und dazu seinen Vorschlag macht, auch wenn es dafür kein formelles Vorschlagsrecht gibt.

Brigitte Baumeister hat als Bundesschatzmeister der CDU hervorragende Arbeit geleistet. Ich selbst habe sie als Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor Jahren schon zur Überraschung vieler als eine unserer Parlamentarischen Geschäftsführerinnen vorgeschlagen. Wir arbeiten hervorragend zusammen. Dabei habe ich aber erlebt, wie stark sie in den vergangenen Jahren durch die beiden Ämter belastet war.

Angela Merkel:

Wir müssen angreifen und vernünftige Alternativen aufzeigen

Ich freue mich über den Vorschlag des zukünftigen Parteivorsitzenden, mit ihm zusammen und als Generalsekretär zu arbeiten.

Ich bin sicher: Diese Arbeit wird eine sehr spannende, aber auch schwierige Aufgabe sein.

Die CDU befindet sich in einer Umbruchphase, sowohl personeller Art als auch in der Art und Weise, wie wir unserer neuen Verantwortung gerecht werden.

Nach 16 Jahren Regierung sind wir in der Opposition. Unsere Arbeit auf Bundesebene, Länderebene und auf kommunaler Ebene muß zu **einer** gestaltenden Kraft gebündelt werden.

Dazu braucht die CDU Zuversicht, Glauben an die eigene Zukunft und vor allen Dingen die Bereitschaft zu einer Diskussion, die keine Themen ausläßt, aber auch nicht ausufert, die der Erneuerung dient und in konkretes Handeln mündet.

Wir werden die rot-grüne Bundesregierung angreifen und vernünftige Alternativen aufzeigen.

Zum Schluß möchte ich sagen: Ich freue mich auch deshalb auf meine neue Aufgabe, weil wir – Wolfgang Schäuble und ich – gemeinsam dafür eintreten werden, auch weiterhin Mittel und Wege zu finden, um die deutsche Einheit zu vollenden.

Ich habe mich mit Brigitte Baumeister darüber unterhalten und frühzeitig auf die möglicherweise noch größeren Herausforderungen sowohl in der parlamentarischen Geschäftsführung wie im Amt des Bundesschatzmeisters hingewiesen. Ich bin der Meinung, daß beide Aufgaben nicht auf einer Person lasten sollten.

Ich werde heute nachmittag – nach dieser Pressekonferenz – Frau Baumeister wieder als Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion vorschlagen.

Dem greife ich jetzt deshalb vor, weil ich Sie davon informieren möchte, daß ich als neuen Bundesschatzmeister dem Parteitag am 7. November Matthias Wissmann vorschlagen werde.

Wie mein Vorschlag zum neuen Generalsekretär hat auch diese Nominierung im Bundesvorstand heute vormittag große Zustimmung gefunden.

Matthias Wissmann ist bereits seit Anfang des Jahres wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU. Der Bundesvorstand hat damit eine sehr gute Entscheidung getroffen. Ich möchte, daß er diese Funktion auch in den kommenden Jahren hat. Das heißt: Ich möchte das Amt des Bundesschatzmeisters mit dem des führenden wirtschaftspolitischen Repräsentanten der CDU verbinden. In einer schwierigen Finanzsituation der Partei, die das Wahlergebnis mit sich bringt, ist es meiner Meinung nach wichtig, daß der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU gleichzeitig auch die Verantwortung für die Finanzen der Partei hat. ■

Generalsekretär Peter Hintze:

Unter Lafontaines Führung zurück in die alte linke Ecke

Zum SPD-Parteitag in Bonn erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

In Godesberg hatte die SPD in den 50er Jahren Abschied vom Sozialismus genommen. Heute nimmt die SPD in Godesberg Abschied von der „neuen Mitte“ und kehrt unter Lafontaines Führung in die alte linke Ecke zurück.

Die Rechtfertigungsrede von Lafontaine kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der SPD-Chef das Gesetz des Handelns in der neuen Regierung bestimmt. Schatz-Kanzler Lafontaine regiert, Kanzler Schröder darf nur verkaufen. Die größte Enttäuschung des SPD-Parteitages liegt im Festhalten am verfehlten Steuerkonzept. Auch hier hat sich Lafontaine zu Lasten des Mittelstandes durchgesetzt.

Rot-Grün stellen

Die CDU wird die rot-grüne Regierung beim Thema Arbeitsplätze, beim Thema Geldwertstabilität und bei der Einheit

von Rechten und Pflichten im Staatsbürgerschaftsrecht stellen.

Marionettenkanzler

Zum Parteitag der Grünen in Bonn erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die Reden auf dem Parteitag machen deutlich, daß die Grünen moderate Töne anschlagen, in der Sache aber eine für Deutschland verhängnisvolle Politik verfolgen. Die Grünen wollen an die Hebel der Macht, um dann mit Lafontaines Hilfe linke Ideologie pur durchzusetzen. Schröder bleibt die Rolle des Marionettenkanzlers an den Fäden des SPD-Vorsitzenden.

Fatal ist die rot-grüne Politik für den Mittelstand, der Zweidrittel aller Arbeitsplätze in Deutschland stellt. Steigende Energiepreise, eine falsche Steuerpolitik und die Drohung mit neuen Zwangsabgaben können das Rückgrat des wirtschaftlichen Erfolges in Deutschland empfindlich verletzen.

Kommunistische Präsidentin unakzeptabel

Für die CDU ist die Wahl einer PDS-Abgeordneten zur Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages nicht akzeptabel.

Es ist erschütternd, daß der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck der PDS den roten Teppich ausrollt und damit die antitotalitäre Tradition der SPD definitiv beendet.

Wäre eine rechtsradikale Partei in den Bundestag eingezogen, wäre ihr mit Sicherheit ein Vizepräsidentenamt verwehrt worden. Bei der linksradikalen PDS müssen wir uns genauso verhalten wie bei einer rechtsradikalen Partei.

Die CDU wird niemals mit ihren Stimmen Vertreter radikaler Parteien in politische Ämter wählen.

Aktenkundig gemacht

heißt im letzten UId eine neue Spitzmarke, mit der wir Informationen über die Abschlußbilanz der Koalition der Mitte kennzeichnen werden, - die ja gleichzeitig die Eröffnungsbilanz von Rot-Grün ist.

Liebe Freunde!

Damit greifen wir eine erste Stellungnahme des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagfraktion zum Ergebnis der Bundestagswahl am 27. September auf.

„Wir müssen darauf achten“, hatte Wolfgang Schäuble gesagt, „daß wir die Eröffnungsbilanz richtig festschreiben. Denn später einmal wird die Ergebnismittlung durch Vergleich von Anfang- und Schlußvermögen gemacht werden, und dann muß aktenkundig sein, daß wir ein solides und zukunftsfähiges Erbe hinterlassen haben.“

Noch vor der Vereidigung der neuen Regierung zeigt sich, wie richtig dieser vorsorgliche Einspruch war: Rote und Grüne haben auf einmal riesige Haushaltslöcher entdeckt, obwohl noch Anfang September die Zahlen des Haushalts '99 im Deutschen Bundestag ausführlich diskutiert worden sind,

- ohne daß dabei von derartigen Risiken die Rede war und
- ohne daß es seitdem neue Sachverhalte oder neue Erkenntnisse gäbe.

Heben Sie, was wir für den fälligen Vergleich aktenkundig machen (siehe UId Extra dieser Ausgabe), sorgfältig auf!

Schon sehr bald – wahrscheinlich früher, als mancher vermutet - werden Sie Gelegenheit haben, mit Bürgerinnen und Bürgern die Folgen einer Politik zu diskutieren, die „Aufbruch und Modernisierung“ in der Überschrift trägt, in Wirklichkeit aber Rückschritt ist.

Bewahren Sie diese Karte auf, und Sie werden sehen, daß wir halten, was wir **versprechen**:

1. **MEHR ARBEITSPLÄTZE** durch eine konzentrierte Aktion für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Arbeitslosigkeit kann man bekämpfen.
2. **EIN SOFORTPROGRAMM**. 100.000 Arbeitsplätze für Jugendliche und mehr Lehrstellen durch eine Ausbildungs Offensive 99.
3. **AUFBAU OST WIRD ZUR CHEFSACHE** und mit einem gebündelten Zukunftsprogramm vorangetrieben.
4. **DEUTSCHLAND ALS IDEENFABRIK** durch Verdoppelung der Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft in 5 Jahren.
5. **BEKÄMPFUNG DER KRIMINALITÄT** und ihrer Ursachen, Verhinderung der Geldwäsche, Einzug illegaler Vermögen, Verhinderung illegaler Beschäftigung.
6. **NEUER AUFBRUCH FÜR DIE FRAUENPOLITIK** durch Aktionsprogramm „Frau und Beruf“ und eine eigenständige Alterssicherung.
7. **MEHR STEUERGERECHTIGKEIT** durch Entlastung von Familien (mit zwei Kindern) um 2.500,- DM pro Jahr, mehr Kindergeld.
8. **BEZAHLBARE GESUNDHEIT** durch Entlastung chronisch Kranker bei der Zuzahlung, Jugendliche erhalten wieder Zahnersatzleistungen.
9. **MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT**. Kohls Fehler korrigieren bei Renten, Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

„Bewahren Sie diese Karte auf!“ Dazu hatte im Wahlkampf auch die SPD aufgefordert und damit ihren Garantieschein für die Einhaltung von neun Versprechen überschrieben.

„Ungedekelter Wechsel auf eine rote Zukunft“ haben wir die Versprechungs-Kärtchen der SPD genannt. Sorgen Sie dafür, daß es auch wirklich jeder hört, wenn diese Wechsel, wie wir befürchten, platzen.

Wir erinnern nochmal an die neun Punkte. Sie sollten sie immer in der Tasche haben.

Christa Dünz

Bundesgeschäftsführer

Erfolgreiche Arbeit der Regierung durch Herbstgutachten bestätigt

Zum Herbstgutachten der führenden Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Nach dem unparteiischen Urteil der Forschungsinstitute kann die Bundesregierung eine einwandfreie wirtschafts- und finanzpolitische Schlußbilanz vorlegen. Die Wende auf dem Arbeitsmarkt ist geschafft, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind günstig, die Konjunktur bleibt – trotz ernster Wirtschaftskrisen in anderen Teilen der Welt – weiter aufwärtsgerichtet. Die Schaffung der Eu-

Aktenkundig gemacht

ropäischen Währungsunion erweist sich als Stabilitätspfeiler des internationalen Währungssystems.

Die Institute enttarnen die Behauptung von der angeblichen Erblast riesiger Milliardenlöcher als durchsichtiges Ablenkungsmanöver: „Nach der Prognose der Institute stellt sich die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte besser dar, als dies bei der gegenwärtigen Diskussion unterstellt wird.“

Das Herbstgutachten der Forschungsinstitute unterstreicht eindrucksvoll die Richtigkeit unseres finanzpolitischen Kurses. Auch im Urteil der Institute wird das gesamtstaatliche Defizit weiter zurückgehen und im nächsten Jahr – noch stärker als von der Bundesregierung erwartet – mit einem Anteil von 1,6 Prozent am BIP erstmals seit der Deutschen Wiedervereinigung unter die 2-Prozent-Marke sinken.

Die Institute plädieren nachdrücklich für eine mutige Steuerreform mit deutlich ab-

gesenkten Tarifen und verbreiteter Bemessungsgrundlage, so wie von Union und FDP mit den Petersberger Steuervorschlägen vorgelegt. Die Steuerreformpläne der neuen Bundesregierung sind dagegen von vordergründigem Verteilungsdenken geprägt und hinsichtlich Tarifgestaltung, Verbreiterung der Bemessungsgrundlage sowie der Nettoentlastung unzureichend und im Urteil der Institute nicht geeignet, zu höherem Wachstum und zu mehr Beschäftigung beizutragen.

Mit Recht hält die Mehrzahl der Institute eine Fortsetzung der Lohnzurückhaltung im Interesse eines höheren Beschäftigungsstandes für unabdingbar. Ihnen ist zuzustimmen, wenn sie bei nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit dazu raten, den Produktivitätsspielraum für Lohnerhöhungen nicht voll auszunutzen. Wichtig sind größere Lohnspreizung, weitere Öffnung des Flächentarifs sowie weitere Flexibilisierung bei der Arbeitszeit und den Arbeitsmarktbedingungen.

Ohrfeige für Rot-Grün

Die Lage sei katastrophal, wollen uns in diesen Tagen die Haushalts- und Finanzexperten des rot-grünen Bündnisses glauben machen. Das vorgelegte Herbstgutachten relativiert die Aussagen der künftigen Koalitionäre allerdings. Es entlarvt sie als das, was sie sind: Eine aus politischen Gründen übertriebene Schwarzmalerei. Nach Ansicht von Sozialdemokraten und Grünen sollten die geplante Steuerreform und das angestrebte Bündnis für Arbeit helfen, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Für sie ist es eine Ohrfeige, daß die Wirtschaftswissenschaftler von den vorliegenden Rezepten nicht viel halten.

Auch im Oktober weniger als vier Millionen Arbeitslose

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit rechnet auch im Oktober mit weniger als vier Millionen Arbeitslosen.

Im NachrichtenRadio MDR info sagte Bernhard Jagoda am 27. Oktober, es spreche sehr viel dafür, „daß wir noch einmal das Glück haben und genauso gut abschließen wie im

September, also unter vier Millionen“.

Jagoda sprach von einer großen Chance, daß es im Jahresdurchschnitt weniger Arbeitslose geben werde als prognostiziert. Laut Jagoda werden die Arbeitsämter am Jahresende etwa 3,5 Millionen neue Stellen vermittelt haben, rund 200.000 mehr als 1997.

Zu Recht kritisieren sie die Halbherzigkeit der Steuerpläne, den mangelnden Mut, eine Reform aus einem Guß vorzulegen – mit einer verbreiterten Bemessungsgrundlage, niedrigeren Steuersätzen und einer Nettoentlastung von 20 bis 30 Milliarden Mark. Die Hoffnungen, ein Bündnis für Arbeit werde schon so manches richten, trägt allerdings. Die Institute haben der künftigen Regierung klipp und klar gesagt, daß durch ein derartiges Bündnis keine Arbeitsplätze entstehen werden. Das heißt nicht, auf eine Runde der Wirtschafts- und Arbeitnehmerorganisationen mit dem Kanzler solle verzichtet werden. Der Erfolg wird dann aber eher im psychologischen Bereich liegen – das Klima läßt sich

ändern, sonst bleibt ihr Vorhaben, die Arbeitslosigkeit senken zu wollen, ein frommer Wunsch.

NDR

Warnung vor höherer Neuverschuldung

Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, hat die neue Bundesregierung und die EU-Länder vor einer höheren Neuverschuldung gewarnt.

Er sehe nicht, daß es bei der Staatsverschuldung noch irgendeinen Spielraum gäbe, sagte Walter der „Welt“. In fast allen Euro-Teilnehmerländern sei man bereits an der obersten Grenze angelangt. Dagegen gelte das im Stabilitätspakt definierte Ziel, sich einem ausgeglichenen Staatshaushalt zu nähern.

Auch Überlegungen, der Beschäftigungspolitik Vorrang gegenüber der Stabilitätspolitik zu geben, erteilte Walter eine Absage. „Es ist zum Weinen, daß viele Politiker noch immer nicht aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben“, sagte der Chefvolkswirt.

Natürlich müsse etwas für Beschäftigung getan werden. Doch noch nirgends sei mit einer „laxen Geldpolitik die Arbeitslosigkeit gesunken“. Wichtig seien vor allem eine niedrige Staatsquote und eine Reduzierung der Steuerlast. ■

Kommentar

verbessern, mehr nicht. Auch die Warnung der Gutachter vor zu hohen Tarifabschlüssen ist berechtigt.

Die Mahnung der Wirtschaftswissenschaftler geht aber auch an Lafontaine, der immer noch der Meinung ist, die Kaufkraft und damit die Konjunktur müßte durch höhere Löhne gestärkt werden und nicht, wie es richtig ist, durch niedrigere Steuern und Abgaben. Die künftige Koalition muß da einiges an ihren Plänen

Wetterleuchten eines sozialistischen Europas

Im österreichischen Pörtlach fand am 24. und 25. Oktober ein EU-Sondergipfel statt. An ihm nahm auch der neue sozialistische Regierungschef Italiens, Massimo d'Alema, und der zu der Zeit noch designierte Bundeskanzler, Gerhard Schröder, teil. 13 der 15 EU-Mitgliedstaaten werden künftig von Sozialisten regiert.

Noch bekennen sich die Gipfelteilnehmer verbal zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt, aber in Wahrheit üben sie bereits heute, zwei Monate vor dem Start des Euro, Druck aus. D'Alema forderte allgemeine Zinssenkungen in der Europäischen Union, obwohl die Zinsen in der EU wegen der bisherigen Stabilitätserfolge so niedrig sind wie nie zuvor.

Die Äußerungen der sozialistischen Teilnehmer des EU-Sondergipfels zeigen, daß die europäische Linke immer noch nicht aus den Erfahrungen der siebziger Jahre gelernt hat. Übermäßige Zinssenkungen führen nicht zu einer dauerhaften Senkung

der Arbeitslosigkeit, sondern nur zur Beeinträchtigung der Stabilität der künftigen europäischen Währung, des Euro.

Es ist empörend, daß die sozialistischen Regierungschefs zwar nach außen hin die Unabhängigkeit der EZB anerkennen, aber gleichzeitig die EU-Finanzminister, unter ihnen Oskar Lafontaine, beauftragen, eine gemeinsame Konzeption für die Geldpolitik auszuarbeiten, wofür nach dem Maastrichter Vertrag alleine die EZB zuständig ist. Durch einen neuen organisierten Dialog soll auf die EZB Druck ausgeübt werden.

Wird die EZB einem solchen Druck nachgeben, wäre die Stabilität des Euro gefährdet; hält die EZB dem Druck stand, würden die Sozialisten die EZB für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. Hierfür ist in Wahrheit jedoch die mangelnde Bereitschaft der Sozialisten zu weitgehenden Reformen im Steuersystem und beim Umbau des Sozialstaats ursächlich.

Rückschlag für den Schutz des ungeborenen Lebens

Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, Regelungen des Bayerischen Schwangerenhilfsgesetzes teilweise für nichtig zu erklären, erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:

Die Entscheidung des ist ein Rückschlag für den Schutz des unge-

borenen Lebens. Das Bayerische Schwangerenhilfsgesetz hat versucht, den vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Weg zum Schutz des ungeborenen Lebens im Hinblick auf die Ärzte, welche Abtreibungen durchführen, zu konkretisieren. Dieses Anliegen kommt in dem Urteil des BVerfG zu kurz.

Rot-Grün wird dem Anspruch auf Weiterentwicklung der deutschen Außenpolitik nicht gerecht

Zum außen-, europa- und sicherheitspolitischen Teil der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:

Die Koalition wird ihrem Anspruch auf Weiterentwicklung der deutschen Außenpolitik mittels eigener Vorschläge und Impulse nicht gerecht und läßt viele Fragen offen.

Was in Teilen der Koalitionsvereinbarung zur Außen-, Europa- der Sicherheitspolitik steht, ist nicht neu. Das Bekenntnis zur Kontinuität liegt den Koalitionären auf den Lippen. Viele Formulierungen hätten auch aus dem Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands abgeschrieben sein können.

In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob es sich bei den Bekenntnissen zur Kontinuität um mehr als Lippenkenntnis handelt. Wir von der CDU/CSU werden Schröder beim Wort nehmen und ihn an seine Versprechungen erinnern.

Bei der Sicherheitspolitik bleiben jedoch viele Fragen offen:

- Was soll mit der Bundeswehr geschehen? Warum wird eine Wehrstrukturkommission eingesetzt, wenn Rudolf Scharping doch sagt, er wolle die Wehrpflicht erhalten, weil der Umfang von 340.000 Soldaten „wegen unserer Verpflichtung im Bündnis“ notwendig sei?

- Wie steht die neue Regierung zur Öffnung der Atlantischen Allianz für neue Mitglieder? Wie sollen der Überprüfung des strategischen Konzepts der NATO neue Impulse gegeben werden? Wie soll

eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen der NATO und den anderen Institutionen, die für europäische Sicherheit verantwortlich sind, aussehen?

Im Hinblick auf die Vereinten Nationen ist es sicherlich kein Formulierungsfehler, wenn laut Koalitionsvereinbarung deutsche Streitkräfte in Zukunft im Rahmen der UNO nur zur Wahrung des Weltfriedens eingesetzt werden sollen und nicht, wie es in der Satzung der Vereinten Nationen heißt, zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens. Mit dieser Einschränkung schafft die neue Regierung Unsicherheiten, wird der internationalen Verantwortung Deutschlands nicht gerecht, schert aus dem Bündniskonsens aus und fällt hinter die bisherige deutsche Position zurück.

Bei den Vorschlägen zur Abrüstung, UNO und OSZE insgesamt, schimmern viele träumerische Vorstellungen der Grünen durch, die wohl nur deshalb von der SPD zugestanden wurden, da sie wie schon in der Vergangenheit an der Realität scheitern werden.

Zu begrüßen ist die Forderung, im Rahmen der Weiterentwicklung der Europäischen Union „die GASP im Sinne von mehr Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik weiterzuentwickeln“ und sich „deshalb für Mehrheitsentscheidungen, mehr außenpolitische Zuständigkeiten und die Verstärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität einzusetzen“. Dies entspricht einer alten Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, deren Umsetzung mehr denn je notwendig ist. ■

Rot-grüne Außen- und Sicherheitspolitik:

Der Koalitionsvertrag läßt vieles offen

Die rot-grüne Bundesregierung stellt sich in ihren außen- und sicherheitspolitischen Aussagen bewußt in die Kontinuität der CDU-geführten Bundesregierung. Die CDU Deutschlands wird genau beobachten, ob die neue Bundesregierung tatsächlich die bewährte Außen- und Sicherheitspolitik des Kabinetts Kohl fortführen oder sich von grünem Wunschdenken leiten lassen wird.

Angesichts der Ankündigung einer „zivilen Außenpolitik“ und der oftmaligen Erwähnung der Präventions- und Konfliktregelungspolitik im Koalitionsvertrag besteht Grund zu der Annahme, daß Rot-Grün die Notwendigkeiten der ausreichenden Bereitstellung von Sanktionsmechanismen bis hin zum Einsatz militärischer Mittel vernachlässigen wird. Dies ginge zu Lasten der bisherigen deutschen Bemühungen, zu Stabilität und Freiheit auf unserem Kontinent beizutragen.

Im unklaren gelassen

Die rot-grüne Bundesregierung will „die Aufgaben der NATO jenseits der Bündnisverteidigung an die Normen und Standards von Vereinten Nationen und OSZE binden“. Sie läßt dabei im unklaren, ob ein Einsatz der NATO zur Krisenbewältigung nur mit, oder im Falle eines fehlenden UN-Sicherheitsratsvotums, auch ohne ein UN-Mandat möglich wäre.

Die Bedeutung der **OSZE** will Rot-Grün erheblich stärken. Hier gilt es aber, darauf zu achten, daß dies nicht zu Lasten der

NATO und der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsidentität im Rahmen von EU und WEU geht.

Grüne Forderungen

Indem die neue Bundesregierung die **Friedens- und Konfliktforschung** finanziell unterstützen, Ausbildung und Einsatz von „Friedensfachkräften“ fördern sowie Ausbildungsmöglichkeiten für *peace-keeping* und *peacebuilding* schaffen will, übernimmt sie originär grüne Forderungen. Zivile Konfliktlösungsmechanismen sind wichtig, schließen aber die militärische Option nicht aus. **Das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen** will das rot-grüne Kabinett stärken. SPD und Grüne äußern sich aber nicht dazu, ob und wie ein Einsatz beispielsweise zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe erfolgen soll, wenn kein UN-Sicherheitsratsvotum vorliegt. Kein Wort ist darüber zu finden, ob der Konsens demokratischer Staaten im Rahmen von NATO oder EU/WEU einen gemeinsamen Friedenseinsatz unterhalb der UN-Sicherheitsrat-Schwelle in Zukunft erlauben könnte.

Besonders unklar ist das Bild in bezug auf die Zukunft der Bundeswehr. Hier fällt besonders auf, daß eine Reihe zwischen Sozialdemokraten und Grünen strittiger Punkte wie die Wehrpflicht, die Zukunft der Krisenreaktionskräfte, des Kommandos Spezialkräfte, wichtiger Rüstungs- und Beschaffungsvorhaben sowie die Frage der Auslandseinsätze der Bundeswehr im Koalitionsvertrag bewußt ausgespart werden.

Sozialdemokraten und Grüne versuchen statt dessen, durch die Einrichtung einer „**Wehrstrukturkommission**“ politisch schwierige Entscheidungen zu umgehen und zunächst auf Zeit zu spielen. Diese Kommission, von der nicht klar ist, ob es sich um einen Beirat des Bundesministeriums der Verteidigung, eine Fachkommission der Bundesregierung oder gar eine Enquetekommission des Deutschen Bundestages handeln wird, soll binnen der nächsten zwei Jahre „Auftrag, Umfang, Wehrform, Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte und Optionen einer zukünftigen Bundeswehrstruktur“ untersuchen. Bis dahin werde es keine wesentlichen Änderungen geben.

Den Nachteil haben unsere Streitkräfte. Nachdem Rudolf Scharping nur mit größtem Widerwillen auf die Hardthöhe abgeschoben wurde, muß die Bundeswehr, die in den vergangenen Jahren große Umstrukturierungen erfolgreich bewältigt hat, nunmehr zwei Jahre warten, bis klar ist, wohin die Reise geht. Schaut man hingegen auf die Details, so ergeben sich Fragen über Fragen.

Wehrpflicht abschaffen?

Tatsache ist, daß die neue Bundesregierung bislang weder ein Bekenntnis zur **Wehrpflicht** abgegeben noch etwas zum **Umfang der Bundeswehr** gesagt hat. Die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, Beer, ist da deutlicher: Sie sagt offen, daß die Wehrpflicht abgeschafft und die Bundeswehr von jetzt 340.000 auf 200.000 Mann reduziert werden müsse. Man wird sehen, welche Bestandsdauer die Dementis des künftigen Verteidigungsministers Scharping und seines Parlamentarischen Staatssekretärs Kolbow haben werden.

Im Koalitionsvertrag gibt es keine Aussagen zur Zukunft der **Krisenreaktions-**

kräfte und des **Kommandos Spezialkräfte**. Die Grünen haben im Wahlkampf deren Abschaffung gefordert. Jetzt plötzlich sprechen die Grünen von Reduzierung der Hauptverteidigungskräfte und dem Ausbau der Krisenreaktionskräfte.

Wie aber ist dies in Einklang zu bringen mit der grünen Ablehnung von friedensschaffenden **Auslandseinsätzen der Bundeswehr**? Auch dieses Thema – von entscheidender Bedeutung für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik – wird im Koalitionsvertrag ausgeklammert.

Ungewiß ist, wie die rot-grünen Koalitionäre mit den beschlossenen **Beschaffungsvorhaben** für die Bundeswehr umgehen werden. Im Koalitionsvertrag findet sich auch darauf kein Hinweis.

Verteidigungshaushalt darf nicht zur Manövriermasse werden

Unter der neuen Bundesregierung sind weder Umfang und Struktur der Bundeswehr noch die allgemeine Wehrpflicht gesichert. Die Wehrstrukturkommission wird tiefgreifende Änderungen beschließen. Entgegen allen Voraussagen wird der Verteidigungshaushalt als Manövriermasse in der Hand des neuen Bundesfinanzministers Lafontaine dienen.

Fazit: Die Außen- und Sicherheitspolitik der neuen Bundesregierung birgt zum gegenwärtigen Zeitpunkt viele Fragezeichen. Die CDU Deutschlands erwartet und fordert von der neuen Koalition, daß sie mit dem großen außenpolitischen Kredit und Vertrauen, den sich Deutschland in den Jahren der CDU-geführten Bundesregierung erworben hat, pfleglich umgeht. Die Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes ist zu wichtig, als daß sie durch politische Kurzsichtigkeit, Radikalpazifismus und moralischen Rigorismus nachhaltig beschädigt werden dürfte. ■

Rot-Grün verunsichert die Bundeswehr

Zur Ankündigung der verteidigungspolitischen Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Angelika Beer, in den „Kieler Nachrichten“, die Bundeswehr drastisch zu verringern, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Bremer:

Die Unterschriften auf der Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Bundesregierung sind noch feucht, schon läßt die verteidigungspolitische Sprecherin der Bündnisgrünen, Angelika Beer, die Katze aus dem Sack. Für sie ist „hundertprozentig sicher“, daß die Bundeswehr von derzeit 340.000 Soldaten auf eine Obergrenze von 200.000 Soldaten verringert werde. Sie hält es für wahrscheinlich, daß erste Schritte zur deutlichen Verminderung der Hauptverteidigungskräfte bereits in den nächsten 2 Jahren umgesetzt werden.

Weniger Sicherheit

Die von den Grünen geforderte Fast-Halbierung der Bundeswehr hätte zur Folge, daß wir unseren Bündnisverpflichtungen nicht mehr im notwendigen Umfang nachkommen könnten. Wir würden die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft nicht mehr meistern können. Deutschland würde seine Rolle als stabilisierender Faktor in Europa und in der NATO einbüßen. Die Bundeswehr würde ihr Gesicht verändern, die Wehrpflicht wäre nicht mehr haltbar. Diese Entwicklung würde einen schweren außenpolitischen Schaden für Deutschland bedeuten.

Mit ihren Forderungen verunsichert Rot-Grün die Bundeswehr. Dabei wäre es ge-

rade jetzt erforderlich, Planungssicherheit für die Bundeswehr zu schaffen. Vor allem, wenn man bedenkt, daß die Bundeswehr ihre neue Struktur zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vollständig eingenommen hat. Darüber hinaus verunsichert die künftige Regierung auch die Rolle Deutschlands in Europa und in der NATO.

Kolbow blauäugig

Da hilft es wenig, wenn der designierte parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Walter Kolbow, an die Absprachen im Koalitionsvertrag erinnert, nach denen bis zum Abschluß der Arbeiten der Wehrstrukturkommission angeblich „keine Sach- und Haushaltsentscheidungen getroffen werden, die neue Fakten schaffen“. Kolbow kann nicht so blauäugig sein anzunehmen, daß die Grünen jemals von ihren Forderungen, die Bundeswehr zu halbieren und mittelfristig die NATO aufzulösen, Abstand nehmen werden. Die Geister, die man ruft, wird man nicht mehr los!

Die rot-grüne Koalition präsentiert sich bereits vor ihrem Dienstantritt als kopflöser Haufen. Schon jetzt erweist es sich als Bumerang, alle weiteren Planungen auf die Wehrstrukturkommission zu schieben. Bis dahin sind allen Spekulationen und der allgemeinen Verunsicherung der Bundeswehr Tür und Tor geöffnet. Der künftige Verteidigungsminister Scharping ist jetzt gefordert, das Chaos zu ordnen und klare Perspektiven für die Bundeswehr aufzuzeigen.

Angriff auf die Truppe

Feierlich versprachen sich SPD und Grüne Konsens für die künftige rot-grüne Regierungsarbeit. Die Unterschriften sind noch nicht trocken, da wirft die eine Seite der anderen bereits Vertragsbruch vor. Ein Kunststück. Denn noch ist die Regierung nicht im Amt, kann also streng genommen gegen den Vertrag gar nicht verstoßen. Daß der Konflikt um die Bundeswehr so schnell ausbricht, wirft grelles Licht auf die Qualität des Koalitionsvertrages. Schnell und geschmeidig wurde er ausgehandelt. Die rot-grüne Garzweiler-Quälerei in Düsseldorf vor Augen, nahmen sich die Bonner Koalitionäre vor, alle Schlachten am Anfang zu schlagen und Klarheit für die ganze Wahlperiode zu schaffen. Doch das Gegenteil ist geschehen. Wo man auch hinguckt, ob Gesundheit, Rente oder Streitkräfte – die Gegensätze wurden vertagt. Nun schwelen sie.

Die Truppe gerät von zwei Seiten unter Druck. Zum einen wird ihre Moral durch das monate- wenn nicht jahrelange öffentliche Gerangel rundum die Wehrstrukturkommission angegriffen. Wer engagiert sich fürs Vaterland, wenn deren führende Vertreter dauernd darüber nachdenken, ob sie ihn als Soldaten noch wollen? Und zum anderen hat der Machtkampf in der SPD-Führung einen angeschlagenen Rudolf Scharping auf den Chefsessel der

Kommentar

Hardthöhe gespült. Wer sich an die erbitterten, bis an den Rand des Rücktritts reichenden Kämpfe zwischen Rühle und Waigel um den Wehretat erinnert, der kann sich jetzt schon vorstellen, wie das Gezerre ums Geld zwischen einem redlichen, aber geschwächten Scharping und einem verschlagenen und gestärkten Lafontaine ausgeht.

Rheinische Post

Grünen-Struktur nicht für Regierungsbeteiligung ausgelegt

Die Parteistrukturen von Bündnis 90/Die Grünen sind nach Ansicht des nordrhein-westfälischen Bau-ministers Michael Vesper (Grüne) auf Bundesebene für eine Regierungsbeteiligung „überhaupt nicht ausgelegt“.

Deshalb müsse die Partei „in aller Kürze“ an dieses Problem herangehen und sich „professionellere Strukturen“ geben. Ansonsten gehe sie im „geschäft der Mitregierung“ unter.

Es sei etwas anderes, ob man in einer Oppositionsrolle sei oder ob man in

die Regierungsverantwortung komme, sagte Vesper. In der Regierung müsse man Dinge mitverantworten, „die einem nicht passen“. Das müsse der Partei auch klar sein.

Deswegen war es notwendig, daß die Grünen auf ihrem Parteitag auch die Grundsatzentscheidung fällten, ob sie in diese Koalition gehen wollen. Wenn sie in diese Koalition gehen, dann müssen sie auch zu ihr stehen, damit sie vier Jahre lang funktionieren könne. „Und dann wird sich unsere Partei in vielen Dingen ändern.“

CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Stellvertretende Vorsitzende

Bei der Wahl der sechs stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden am 22. Oktober erhielten im ersten Wahlgang in der Reihenfolge der abgegebenen Ja-Stimmen:

Hannelore Rönsch: 171 Stimmen,

Volker Rühle: 149 Stimmen,

Michael Luther: 147 Stimmen,

Friedrich Merz: 138 Stimmen und

Hermann Kues: 93 Stimmen.

In einem erforderlichen zweiten Wahlgang erhielten Heiner Geißler, Peter Rauhen, Jürgen Rüttgers und Rupert Scholz nicht die erforderliche absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen, so daß ein dritter Wahlgang erforderlich wurde, für den Heiner Geißler und Peter Rauhen ihre Kandidatur zurückzogen.

Im dritten Wahlgang, bei dem die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausreichte, erhielten:

Jürgen Rüttgers: 99 Stimmen und

Rupert Scholz: 75 Stimmen.

Damit wurde **Jürgen Rüttgers** zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Parlamentarische Geschäftsführer

Der CDU-Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 22. Oktober **Hans-Peter Repnik** zum 1. Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. Hans-Peter Repnik erhielt 174 Stimmen.

Weiterhin wurden zu Parlamentarischen Geschäftsführern gewählt:

Joachim Hörster (178 Stimmen),
Brigitte Baumeister (167 Stimmen),
Manfred Grund (178 Stimmen).

Zum Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und Stellvertreter des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers hat die CSU-Landesgruppe **Peter Ramsauer** bereits am 29. September gewählt.

Justitiar

Zum Justitiar wählte der CDU-Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Andreas Schmidt** mit 172 Stimmen.

Jeder elfte Abiturient war Privatschüler

Jeder elfte Abiturient an Gymnasien in Deutschland hat eine Privatschule besucht. Wie das Statistische Bundesamt berichtete, war sogar jeder siebte Abiturient von Schulen des zweiten Bildungsweges zuvor an einer privaten Einrichtung unterrichtet worden. Insgesamt seien 1997 von den 916.000 Schülertlassen aus allgemeinbildenden Schulen 5,9

Prozent oder 54.000 Privatschüler gewesen. Am niedrigsten lag ihr Anteil mit 2,4 Prozent bei den Absolventen mit Hauptschulabschluß. In den einzelnen Bundesländern sind Privatschulen zudem unterschiedlich stark verbreitet: Im Saarland und in NRW erreichte jeder sechste Abiturient seinen Abschluß an einer privaten Schule.

SPD und Grüne wollen Autofahrer weiter gängeln

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zur Forderung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Koalitionsvertrag „Zur Bekämpfung des Alkohols am Steuer als einer der Hauptunfallursachen im Straßenverkehr werden die Rechtsfolgen der jetzigen 0,8 Promille-Grenze ab 0,5 Promille angewandt“:

Diese Festlegung im Koalitionsvertrag heißt: Fahrverbot ab 0,5 Promille. Die Grünen hatten in ihrem Wahlprogramm sogar ein absolutes Alkoholverbot gefordert. Damit konnten sie sich bei der SPD aber nicht behaupten.

Nach den jüngsten Erkenntnissen, die bereits vor Abschluß der Koalitionsvereinbarung vorlagen, von den Koalitionären allerdings ignoriert wurden, ist aber offenkundig, daß eine Verschärfung der

Sanktionen für Alkohol am Steuer absolut überflüssig ist. Das Statistische Bundesamt hat am 12. Oktober veröffentlicht, daß die alkoholbedingten Unfälle deutlich zurückgegangen sind. Grund dafür ist die veränderte Gesetzeslage, bei der das Führen eines Kfz mit mehr als 0,5 Promille bereits als Ordnungswidrigkeit geahndet wird, vor allem aber die erheblich höhere Kontrolldichte durch die Atemalkoholanalyse. Zudem dürfte die starke Berichterstattung in den Medien bereits im Vorfeld der Gesetzesänderung bewirkt haben, daß die Verkehrsteilnehmer ihr Verhalten geändert haben.

Gegen Verschärfung

SPD und Grüne wollen den Autofahrer weiter gängeln, obwohl er sich vernünftig verhält. Wir werden deshalb jede weitere Verschärfung der Sanktionierung ablehnen.

Rot-Grün fördert Ausländerfeindlichkeit

Wolfgang Schäuble hat der künftigen rot-grünen Bundesregierung vorgehalten, mit ihren Plänen zur doppelten Staatsbürgerschaft Ausländerfeindlichkeit zu fördern.

„Ich fürchte, daß der Weg von Rot-Grün uns am Ende mehr Ausländerfeindlichkeit und weniger Toleranz in Deutschland bringt“, sagte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschlandradio Berlin. Das Regierungsprogramm von SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthalte nur „leere Überschriften ohne jeden Inhalt“.

Der Versuch, die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer über die doppelte Staatsbürgerschaft zu erreichen, ist nach Ansicht von Schäuble „genau der falsche Weg“. Es entstehe der Eindruck, die Ausländer seien den Deutschen gegenüber privilegiert. „Wenn man den Menschen den Eindruck vermittelt, die sind privilegiert, die haben mehrere Pässe und ich nur einen, dann fördert man nicht Toleranz und Ausländerfreundlichkeit, sondern im Zweifel eher das Gegenteil.“

Rot-grüne Koalitionsvereinbarung zwischen Halloween und Attentismus

Zu den wohnungs- und städtebaupolitischen Kernpunkten der rot-grünen Koalitionsvereinbarung erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Millionen neue Wohnungen, stagnierende Mieten, ein boomender Eigenheimbau als Schlußbilanz der Regierung Kohl:

SPD und Grüne machen zu Recht nicht den Versuch – wie so häufig in ihrer Oppositionszeit geschehen – den erkennbaren Normalisierungspfad in der Wohnungsbautätigkeit mit Kassandrarufern und neuen Wohnungsnot-Visionen schlecht zu reden, zumal der Abbau des Wohnungsdefizit-Gebirges in einem Tempo eingeleitet wurde, wie es kaum jemand noch zu Beginn dieses Jahrzehnts zu hoffen gewagt hatte.

Die Reaktionen aus der Immobilien- und Baubranche auf die Koalitionsvereinbarung von SPD und Grüne haben jedoch besorgte Zweifel an der Kontinuität einer investitionsstimulierenden Wohnungspolitik in der 14. Wahlperiode aufkommen lassen. In der Hauptsache und wohl zu Recht sind diese Befürchtungen von den rot-grünen Absichtserklärungen zur Steuerpolitik und Steuerreform getragen – und dort wiederum von der sich für den frei finanzierten Mietwohnungsbau ergebenden Belastungsprobe aus Abbau der Verrechnbarkeit von Verlusten aus Vermietung und Verpachtung im Zusammenwirken mit dem Aufbau einer Mindestbesteuerung.

Auch wenn man bereit ist, den wohnungs- und städtebaupolitischen Aussagen der Koalitionsvereinbarung das Recht auf unverbindliche Floskeln-Verlautbarungen zugestehen, wie die Aussicht „auf noch erhebliche Konflikte in der Umsetzung

mit dem Finanzminister“ (so der Präsident des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft), so drängen sich doch bereits jetzt einige konkrete Kritikpunkte auf:

- Beim Thema Wohngeldanpassung werden weder Vordringlichkeit noch finanzielle Ausstattung des Anliegens deutlich. Von einer Koalition, die noch im Juni über ihre Bundesratsmehrheit unser 450-Mio.-DM-Anpassungskonzept vollmundig als nicht ausreichend blockiert und im Wahlkampf eine Reform „am liebsten zum 1. 1. 1999, spätestens zum 1. 7. 1999“ (Joschka Fischer) versprochen hatte, durfte gewiß mehr als die Halloween-Ankündigung einer „treffsicheren und familienfreundlicheren“ Gestaltung erwartet werden. Es gibt ernstzunehmende Gerüchte, daß sich Rot-Grün auf einen Stufenplan zur Wohngeldanpassung zurückziehen will, wobei beim Bürger in 1999 mit einer Mini-Reform weit weniger ankommen soll als über die Initiative von Oswald.

- Eine breite Reform des Sozialen Wohnungsbaurechts steht offensichtlich nicht mehr auf der Agenda von SPD und Grünen, nachdem man die Wohnungspolitik der Union in der zu Ende gegangenen Legislaturperiode noch mit Reformstauvorhaltungen begleitet hatte. Die Ankündigung, man werde eine dauerhafte Sicherung der Sozialwohnungsbestände prüfen, muß darüber hinaus angesichts einer in den SPD-Ländern betriebenen Politik, über eine höhere Verzinsung öffentlicher Wohnungsbaudarlehen den vorzeitigen Ausstieg aus der Sozialbindung zu forcieren, wie Hohn klingen. In den beiden letzten Jahren waren so allein in NRW für 60.000 Wohnungen die Darlehen vorzeitig zurückgezahlt worden.

Belastungsprobe für den Mittelstand

Zu den steuerlichen Ankündigungen in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:

Die vollmundigen steuerpolitischen Ankündigungen und Lippenbekenntnisse des SPD-Kanzlerkandidaten zur Stärkung des Mittelstandes und Sicherung der Arbeitsplätze sind wie eine Seifenblase zerplatzt. Statt dessen setzt Rot-Grün auf eine massive Umverteilung zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und auf Kosten der Arbeitsplätze in Deutschland. Besonders stranguliert wird der Mittelstand, der 90 % des gigantischen Umverteilungsprogramms tragen soll. Entgegen der einhelligen Auffassung führender Wissenschaftler und nationaler sowie internationaler Wirtschaftsforschungsinstitute ist Rot-Grün nicht an einer deutlichen Senkung der Steuerlast für Unternehmen und Bürger auf ein international vergleichbares Niveau, sondern allein an althergebrachter sozialistischer Umverteilungspolitik gelegen.

Während die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten gerade unsere Finanz- und Haushaltspolitik als einwandfreie wirt-

schafts- und finanzpolitische Schlußbilanz bestätigt haben, versuchen SPD und Grüne nicht vorhandene Haushaltsrisiken zu konstruieren. Unter diesem Deckmäntelchen wollen sie eine Steuerreform zur Stabilisierung der Staatseinnahmen und damit eine reine Steuererhöhungspolitik umsetzen. Diese Flickschusterei wird zu einem Chaos an den Finanzämtern und zu Betrug an den Bürgern und Unternehmen führen.

SPD und Grüne scheuen sich nicht einmal, verfassungsrechtlich äußerst bedenkliche Maßnahmen wie die Kapung des Ehegattensplitting und die Spreizung der Steuersätze zwischen gewerblichen und anderen Einkunftsarten um 13 %-Punkte als eklatanten Verstoß gegen die Gleichwertigkeit der Einkunftsarten anzukündigen. Wir werden uns mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, daß Rot-Grün unsere solide Finanz- und Haushaltspolitik in kürzester Zeit zu einem Scherbenhaufen verkommen läßt und die von uns angekündigte große Steuerreform mit deutlicher Entlastung von Unternehmen und Bürgern im Gesamtvolumen von 30 Mrd. DM ins Gegenteil eines massiven Wirtschaftsbelastungs- und Arbeitsplatzvernichtungsprogramms umkehrt.

● Über die zur Gegenfinanzierung der Steuerreformpläne angekündigten steuerrechtlichen Maßnahmen hinaus werden eine Reihe von Ankündigungen und Prüfungsabsichten in der Wohnungspolitik den Attentismus auf der Investorensseite verschärfen. So ist die finanzträchtige Zusage einer höheren Eigenheimzulage in Ballungsgebieten und für Mieterprivatisierungen nur im Zusammenhang mit der Generalklausel im Koalitionsvertrag zu

bewerten, daß finanzwirksame Vorhaben „unmittelbar gegenfinanziert“ sein müssen, das hieße wohl Absenkung der Einkommensgrenze.

Auch das Vorhaben gegen „überzogene“ Abschreibungsmöglichkeiten wird Investoren verunsichern ebenso wie die verklausuliert formulierten Vorhaben, die Mietertragsspielräume gesetzlich einzuschränken und den Planungswertausgleich einzuführen. ■

Förderung der Wohneigentumsbildung

Unsere Erfolge und rot-grüne Schatten

Heute vor drei Jahren beschloß der Deutsche Bundestag in zweiter und dritter Lesung eine neue Eigenheimförderung, die für Bauanträge oder Kaufverträge ab dem 27. Oktober 1995 die nunmehr von der Steuerzahllast unabhängige Eigenheimzulage sowie ein deutlich höheres Baukindergeld einführte. Dazu erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Der große Erfolg der heute vor drei Jahren beschlossenen Neuregelung läßt sich an Zahlen und Fakten ablesen:

1. Die neue Regelung ist sozial gerechter, familienfreundlicher und stärkt die Altersvorsorge: Sie brachte vor allem Familien mit Kindern sowie Familien mit niedrigeren und mittleren Einkommen einen echten Leistungsbonus. Die Anreizwirkung wurde durch eine Stabilitätspolitik, die Zinsen für Baugelder auf historischem Tiefstand erlaubt, und flankierende Initiativen mit dem Ziel einer Baukostensenkung gesteigert. Außerdem wurden die Ansparimpulse durch Verbreiterung der Bausparförderung und als eine wichtige Säule der privaten Altersvorsorge im Zusammenhang mit der staatlichen Förderung vermögenswirksamer Leistungen gestärkt.

2. Die neue Regelung hilft beim Stabilisieren der Baukonjunktur: Während auch 1995 der Einfamilienhausbau stagnierte, weisen die Baugenehmigungen in Westdeutschland seit 1996, im Gegensatz zum Geschloßwohnungsbau, wieder stark nach oben – nach fast 10% in 1996 auf 13% im letzten Jahr und knapp 16% Zuwachs im Zeitraum Januar bis Juli

1998. Auch Ostdeutschland verzeichnete eine von Jahr zu Jahr steigende Zahl von Bauanträgen, mit nach Meinung der Konjunkturforschungsinstitute nur temporärer Abschwächung in diesem Jahr. Nach der jüngsten Prognose des DIW werden in diesem Jahr mit rund 166.000 fertiggestellten Ein- und Zweifamilienhäusern in West und 56.000 in Ost diese positiven Trends fortgesetzt.

Die Union wird, entsprechend den Zusagen in ihren Wahlprogrammen und Parteitagebeschlüssen, auch aus der parlamentarischen Opposition heraus für den Erhalt der Wohneigentumsförderung entschieden eintreten. Denn der

Aktenkundig gemacht

scheinbar alle Parteien erfassende Wettbewerb um die positive Wertung des Wohneigentums wird schnell zum bloßen Lippenbekenntnis bei den konkreten gestalterischen Vorgaben für die Wohnungs- und Städtebaupolitik in der neuen Wahlperiode.

So haben Wohnungspolitiker von SPD und Grünen zwar eine (für Städter, Mieter und Genossenschaften) effizientere Eigenheimförderung in die Schaufenster-Auslage ihrer Koalitionsvereinbarung gestellt, aber die Umsetzung des Kleingedruckten („entweder unmittelbar gegenfinanziert oder unter Finanzierungsvorbehalt gestellt“) noch offen gelassen. SPD wie Grüne waren in den letzten Jahren wiederholt für eine Absenkung der Einkommensgrenzen als Voraussetzung für die Gewährung der Eigenheimzulage eingetreten, sei es aus purer verteilungspolitischer Argumentation heraus, sei es um

Mittel vom investiven in den konsumtiven Bereich (Finanzierung etwa der Wohngeldreform) zu lenken oder – wie die Grünen – mit dem Ziel der Diffamierung des Wunsches nach eigenem Haus mit Garten als „Zerstörung unserer Städte und die Zerstörung unserer Landschaft“. Das Gegenteil ist richtig: Künstliche Baulandknappheit in Ballungsräumen fördert die Zersiedlung der Landschaft (Empirica-Gutachten!)

Steinbruch-Funktion

Im übrigen hat die Eigenheimzulage bereits eine „Steinbruchfunktion“ im rot-grünen Koalitionspapier zu erfüllen. Die erklärte Absicht, den Vorkostenabzug (in Höhe von 3.500 DM) wie die Möglichkeit streichen zu wollen, die Modernisierungsaufwendungen vor Bezugsfertigkeit (bis zu 22.500 DM) steuerlich geltend zu machen, muß die Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum, besonders aus dem Bestand, in ihrem Wirkungsgrad schwächen, wenn wie geplant mit der Steuerreform keine nennenswerte Einkommensstärkung der

privaten Haushalte einhergehen soll. So würde auch die Absicht der Länder-Bauminister konterkariert, auf ihrer nächsten Sitzung im November zu prüfen, ob und wie der Bestandserwerb angeregt werden könnte.

Nur Placebo-Effekte

Ins Zwielficht könnten rot-grüne Überlegungen einer „Weiterentwicklung“ der Wohneigentumsförderung auch dadurch geraten, daß eine geplante „Ballungsraumzulage“ nur Placebo-Effekte entfalten könnte, wenn auf der anderen Seite die Einkommen, die Wohneigentum in verdichteten Räumen finanzieren könnten, ganz aus der Zulagenförderung herausgenommen und womöglich Bauland durch Bodenbesteuerungs-Korrekturen etwa im Wege der Grundsteuer-Reform und der Einführung eines Planungswertausgleichs weiter verteuert würde.

Die Union wird deshalb eine ehrliche und sachgerechte Wächterrolle gegen einen solchen Aufbruch in mehr Bürokratie und Dirigismus übernehmen.

Bundesbürger halten eher Lafontaine für neuen Bonner Chef

Viele Bundesbürger sind laut einer Umfrage davon überzeugt, daß der SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine auch der Chef der neuen Bonner Regierung ist.

Eine Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der „Neuen Bildpost“ in Hamm ergab, daß 43 Prozent der 1.003 Befragten Lafontaine für die Nummer Eins in der rot-grünen Koalition hielten, aber nur 37 Prozent den künftigen Bundeskanzler Gerhard Schröder.

der. 13 Prozent sind den am 27. Oktober veröffentlichten Umfrageergebnissen zufolge in dieser Frage unentschieden.

Im Westen glauben sogar 45 Prozent, daß Lafontaine das Heft in der Hand hält, lediglich 36 Prozent trauen das Schröder zu. In den neuen Bundesländern dagegen meinen 40 Prozent, Schröder ist der Chef. Nur 34 Prozent sind der Ansicht, daß der künftige Finanzminister Lafontaine die Marschroute in Bonn vorgibt.

Positive Ansätze, aber viele Fragen bleiben offen

Zur Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Oktober erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Egon Susset:

Die künftige rot-grüne Regierungskoalition will die ländlichen Räume stärken und die Landwirtschaft sichern. Jeder, dem unsere Landwirtschaft und der ländliche Raum ein Anliegen ist, kann diese Absicht nur unterstreichen. Aus Sicht von CDU/CSU sehen wir positive Ansätze im Hinblick auf die Einführung einer Grünlandprämie zur Sicherung der Grünlandstandorte, einem EU-weiten Verbot von antibiotisch wirksamen Futtermittelzusatzstoffen sowie der verstärkten Förderung der nachwachsenden Rohstoffe. Punkte, die auch bisher von CDU/CSU vertreten worden sind.

Analysiert man den Agrarteil des Koalitionspapieres auf seine rechtliche und finanzielle Durchsetzbarkeit, wird es nebulös und man steht vor vielen offenen Fragen. So glauben SPD und Grüne immer noch, den aktiven Milcherzeuger durch die Einführung eines Lieferrechtmodells ohne entsprechende Übergangs- oder Entschädigungsregelung begünstigen zu können. Selbstverständlich wollen auch wir den aktiven Milcherzeuger stärken, aber dazu bedarf es einer rechtlich unangreifbaren Lösung.

Mit vollem Mund wird angekündigt, nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, sondern auch die der vor- und nachgelagerten Bereiche zu verbessern. Gleichzeitig werden jedoch die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz erhöht, indem neue Fördertatbestände aufgenommen werden.

Ein Schelm ist, wer hier nach der Finanzierung fragt. Die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft wird auch nicht dadurch gestärkt, daß man Konzessionen an den grünen Juniorpartner macht. Eine Neuabgrenzung der gewerblichen Tierhaltung und die Förderkriterien der flächengebundenen Tierhaltung treffen in erster Linie die bäuerlichen Veredlungsbetriebe, denen mit solchen Maßnahmen das Wasser abgegraben würde. Die SPD ist insofern inkonsequent, als sie der erst vor kurzem erfolgten Änderung der Vieheinheiten-Staffel zugestimmt hat.

Die Landwirtschaft wird jedoch nicht nur vom Agrarteil, sondern auch von anderen Abschnitten der Koalitionsvereinbarung nachhaltig betroffen. So soll z. B. die europäische Landwirtschaft wettbewerbsfähiger, die öffentlichen Mittel dazu sollen aber stärker auf ökologische und beschäftigungspolitische Aspekte ausgerichtet werden. Die ins Auge springenden Nachteile der Agenda 2000, höhere Agrarkosten, Einkommenseinbußen und vermehrte Bürokratie, werden schlicht übergangen. Das Modellprojekt Allgäu wurde von der SPD immer wieder heftig kritisiert. Zur allgemeinen Überraschung spricht sie sich nunmehr für eine Vervielfältigung von Modellprojekten aus.

Im steuerrechtlichen Teil der Koalitionsvereinbarung wird lapidar von der Streichung rund 70 konkreter Einzelmaßnahmen zur Bereinigung des Steuerrechts und zur Beseitigung überflüssiger Steuer-subsidien gesprochen. Es ist zu befürchten, daß ein Großteil der von der bisherigen Koalition mit Rücksicht auf die besondere wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft gewährten Steuererleichter-

rungen möglicherweise gestrichen wird. Die Gesamtkonzeption der Steuerreform – einschließlich der höheren Besteuerung von Kraftstoffen, Heizöl, Gas und Strom – wird die Motoren des ländlichen Raumes, d. h. die bäuerlichen Familienbetriebe und die mittelständisch geprägten Unternehmen in den vor- und nachgelagerten Bereichen, besonders hart treffen.

Großes Unheil ist in dem Kapitel Umwelt versteckt. In Deutschland soll auf 10 Prozent der Landesfläche ein Biotopverbundsystem geschaffen werden; eine flächendeckende Landschaftsplanung wird zur Pflicht. Mit keinem Wort wird dabei erwähnt, wie SPD und Grüne dabei mit dem Eigentum der betroffenen Grundstücksbesitzer umgehen wollen. Nur allzu gut ist in Erinnerung, mit welchen unsachlichen Argumenten sich SPD und Grüne bei der Novelle des Naturschutzgesetzes gegen die berechtigten Ausgleichszahlungen ausgesprochen haben. Man darf wohl kaum erwarten, daß hier ein Sinneswandel erfolgen wird. Es bleibt

abzuwarten, inwieweit das Verbandsklagerecht zu Lasten der Landwirtschaft ausgestaltet wird.

Die Ausführungen zur Gentechnologie vermitteln den Eindruck, daß bisher keine strikten Sicherheitsbestimmungen zu beachten gewesen seien. Alle Aussagen zielen darauf hin, der Gentechnik einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Deutschland hat auf diesem Gebiet die höchsten Sicherheitsstandards gesetzt und inzwischen international verlorengewonnenes Terrain wieder wettgemacht. Der Aufbau neuer bürokratischer Hemmnisse in diesem Bereich führt einzig dazu, daß wir insbesondere in den Sektoren Land- und Ernährungswirtschaft gentechnisch wieder ins Hintertreffen geraten.

Den neuen Landwirtschaftsminister Funke, dem ich für sein neues Amt viel Erfolg wünsche, fordere ich auf, im Interesse der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes bei der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung die notwendigen Korrekturen zu erreichen.

Rücksichtslos den Weg nach oben gebnet

Da will jemand unbedingt Ministerpräsident werden. Zunächst schien es auch so einfach. Die PDS-Spitze war willig und biegsam, und auch das Bonner Ollenhauer-Haus empfahl dem norddeutschen Eigenbrötler in der Euphorie des bundesweiten Politikwechselklimas die Taktik: Augen zu und durch. Von historischen Vorbehalten gegenüber der PDS keine Spur. Der zielstrebige Ringstorff hat für sich entschieden, er bekommt das angestrebte Amt nur über die Allianz mit der PDS.

Einen förmlichen Beschluß dazu hat seine Partei bis heute nicht getroffen. Auch gab es keine offene Diskussion über die Frage, wie weit die Annäherung an die andere Linkspartei über-

haupt gehen darf. Eines aber wurde den mecklenburg-vorpommerschen Genossen permanent eingepfiff: Die CDU ist kein adäquater Partner. Die Hinwendung nach links basiert also einzig und allein auf der Idee: Der Feind steht rechts. Je länger die Verhandlungen dauern, desto nervöser wird der selbstherrliche Parteichef. Genossen, die ihm möglicherweise gefährlich werden können, werden mit Posten versorgt. Und dabei fragt Ringstorff nicht lange: Er allein mit einem kleinen Stab entscheidet. Aber hier macht er Fehler, denn das Instrumentarium der parlamentarischen Demokratie ist nicht dazu da, rücksichtslos nur einem den Weg nach oben zu ebnet.

Deutschlandfunk

Die neue Koalition betreibt geistigen Diebstahl

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zu den verkehrspolitischen Aussagen in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen:

Die Formulierungen zur Verkehrspolitik verdeutlichen eine drastische Wende von bislang zum Teil illusionären Vorstellungen in den Wahlprogrammen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hin zu jetzt pragmatischen Aussagen, die mit Übernahme der Regierungsverantwortung offensichtlich unumgänglich wurden. Verglichen mit unserer bisherigen Politik ist die Koalitionsvereinbarung zum Teilbereich Verkehr schlichtweg ein Plagiat.

Zum Beispiel die Forderung nach flächendeckender und umweltverträglicher Mobilität aller Menschen: dies war schon immer unsere Politik. Nur, daß entsprechende Investitionsvorhaben von der alten Opposition ständig abgelehnt und behindert wurden. Die neue Einsicht von SPD und Grünen, daß Verkehrsinvestitionen für nachhaltiges Wachstum unverzichtbar sind, ist da nur zu begrüßen.

Jeden Frosch vorschieben

Vorsicht ist aber geboten, wenn dabei die Umsetzung ökologischer Ziele so deutlich als Vorbedingung genannt wird. Die Grünen werden jeden laichenden Frosch vorschieben, um auch weiterhin jeden Ausbau einer Straße, einer Schienenstrecke oder einer Binnenwasserstraße zu verhindern. Damit können die von der neuen Koalition so hoch auf das Schild gehobenen Arbeitsplatzchancen der Mobilitätswirtschaft

schnell zunichte gemacht werden. Wir werden genau verfolgen, ob die von uns eingeleiteten vordringlichen Projekte entsprechend der Koalitionsaussage weiter realisiert werden.

Dagegen ist die äußerst knappe Aussage zur Mobilität im ländlichen Raum enttäuschend. Von den vollmundigen Forderungen in den Wahlprogrammen – bei der SPD „Stärkung der Bahn in der Fläche, Qualitätsoffensive im ÖPNV, integrierte Dienstleistungskette von Haus zu Haus“ und bei den Grünen „attraktive Flächenbahn, gut vernetzte Bahn- und Busangebote zur Reduzierung des Individualverkehrs“ – ist nichts wiederzufinden.

Statt dessen werden die Kosten für den Berufspendler, der ohne Alternative auf sein Auto angewiesen ist, durch die Anhebung des Benzinpreises und die Einführung einer Entfernungspauschale deutlich erhöht.

Personalie

Der rheinland-pfälzische CDU-Abgeordnete **Hansjürgen Doss** ist vom Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt worden. Doss hat dieses Amt bereits in den beiden zurückliegenden Wahlperioden ausgeübt.

Doss nach seiner Wahl: „Es wird unsere Aufgabe sein, das Profil der Union als Partei der Sozialen Marktwirtschaft und politische Heimat des Mittelstands zu schärfen.“

Verbindliche Strukturen zur Förderung der Hauptstadtkultur gefordert

Peter Radunski, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, erklärte zu seinen kulturpolitischen Forderungen an die neue Regierungskoalition und ihren künftigen „Kulturminister“ Michael Naumann:

Die neue Bundesregierung muß ihr Engagement für die Kultur in der Hauptstadt Berlin – wie von Herrn Naumann vor der Bundestagswahl versprochen – deutlich erhöhen. Ich erwarte verbindliche Strukturen, die Berlin finanzielle Lasten dort abnimmt, wo eine originäre Bundeszuständigkeit gegeben ist. U. a. die Wahrung des historischen Erbes Preußens, Gedenken und Erinnern an die Deutsche Geschichte, repräsentative Aufwendungen in Folge des Sitzes der Bundesorgane und Präsentation der Bundesrepublik Deutschland als „Kulturnation“, gesamtstaatliche Maßnahmen und Einrichtungen; dies nicht erst im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Jahre 2000 hinaus, sondern bereits für das Jahr 1999.

Mit den Ländern abstimmen

Der Bund muß seine Aufgaben im „Konzert“ der föderativen Kulturzuständigkeit weiterhin kompetent wahrnehmen und Entscheidungen sachgerecht und

zügig in Abstimmung mit den Ländern treffen.

Die Bündelung der kulturpolitischen Zuständigkeiten des Bundes darf nicht zu dem Mißverständnis führen, daß damit ein hegemoniales inhaltliches Mandat verbunden ist.

Die Länder unterstützen

Der Bund muß dort, wo er zuständig ist, über das bisher Erreichte hinaus, die Rahmenbedingungen schaffen, die eine effektive Kulturförderung erlauben und mit noch größerem Einsatz die Länder bei der Wahrnehmung ihrer Kulturaufgaben unterstützen.

Im Rahmen der geplanten Steuerreform muß die Voraussetzung für ein effektives privates Engagement für die Kultur geschaffen werden, indem Steuer- und Stiftungsrecht durch die Umsetzung der seit Jahren vorliegenden übereinstimmenden Vorschläge (Kulturkreis der Deutschen Wirtschaft, Deutscher Städtetag, Kultusministerkonferenz u. a.) kulturfreundlich gestaltet wird.

Der Bund muß in Auslegung des Sponsoringerlasses des Bundesfinanzministeriums den gemeinnützigen Auftrag der Kultureinrichtungen unterstreichen.

Unsere Elektronischen Adressen:

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post

www.cdu.de

8. Landesparteitag in Wolmirstedt

Wir müssen unsere Botschaften einfach und bürgernah sagen

Mehr als 200 Delegierte und Gäste trafen sich am Samstag, 24. Oktober in Wolmirstedt zum 8. Landesparteitag der CDU Sachsen-Anhalt, einem vorgezogenen Wahlparteitag, um den neuen Landesvorstand zu wählen. Für das Amt des Landesvorsitzenden kandidierte der stellvertretende Landesvorsitzende und Landtagsvizepräsident, Wolfgang Böhmer. Der jetzige Vorsitzende der Union in Sachsen-Anhalt, Karl-Heinz Daehre, hatte zuvor eine erneute Kandidatur ausgeschlossen.

Als Gast wurde der Vorsitzende von CDU-Fraktion und Landesverband in Niedersachsen, Christian Wulff, von den Delegierten und Gästen des 8. Landesparteitages sehr herzlich empfangen. Christian Wulff wies in seinem Grußwort darauf hin, daß die Union in Sachsen-Anhalt in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung große Leistungen im Lande erbracht habe. In Zukunft müsse sich die Union in ganz Deutschland jedoch wieder mehr darauf konzentrieren, nicht nur die Köpfe, sondern die Herzen der Menschen zu erreichen. Dem neu zu wählenden Landesvorstand wünsche er viel Erfolg. Für die in 1999 anstehenden Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt biete er seine bzw. die Hilfe des Landesverbandes Niedersachsen an, so Wulff. Ganz besonderer Dank gebühre Karl-Heinz Daehre, der die Geschicke der CDU in Sachsen-Anhalt über viele Jahre mit Erfolg geleitet habe.

Neben Christian Wulff richteten der Bürgermeister von Wolmirstedt, Hans-Jürgen Zander, der Präsident des Landvolkver-

bandes, Hans-Henning Klamroth, sowie der am 10. Oktober 1998 neu gewählte Landesvorsitzende der Jungen Union, Markus Kurze, Grußworte an die Teilnehmer des 8. Landesparteitages.

Die CDU muß die sprachliche Teilung in West- und Ostdeutsche überwinden

Der scheidende Landesvorsitzende Karl-Heinz Daehre erinnerte zu Beginn seiner Rede an die Zeit nach der Wiedervereinigung, die für viele politische Einsteiger in Sachsen-Anhalt ein Sprung ins kalte Wasser gewesen sei. Die CDU sei jedoch aus den Wahlen 1990 und 1994 als stärkste politische Kraft im Lande hervorgegangen. Es sei damals gelungen, die Emotionen der Bürger anzusprechen.

Als Fehleinschätzung habe sich nach 1994 die Einstellung der Landes-CDU zur rot-grünen Minderheitsregierung herausgestellt, der man nur wenige Wochen oder Monate Lebenszeit zugetraut habe. Zur aktuellen Politik der Union sagte Daehre, daß man den Wählern z. B. mit der Gesundheits- und der Rentenreform einfach zu viel zugemutet habe bzw. daß die Notwendigkeit der Reformen nicht ausreichend vermittelt werden konnte. Das Regierungsprogramm der CDU Sachsen-Anhalt sei von den 300 Mitgliedern der Landesfachausschüsse basisnah erarbeitet worden. Die Wahlergebnisse hätten jedoch verdeutlicht, daß es nicht gelungen sei, die Botschaften einfach und bürgernah zu transportieren. An die Anwesenden gewandt meinte Daehre, man könne nicht

nur die Erfolge gemeinsam feiern, man müsse auch in Niederlagen zusammenstehen. Als besonders schmerzlich an den Wahlniederlagen sei, so Daehre, der Verlust zahlreicher engagierter Mandatsträger.

Ein besonderer Dank für seine Lebensleistung gebühre dem scheidenden Bundeskanzler Helmut Kohl. Er begrüße es deshalb auch aus ganzem Herzen, so Daehre, daß Helmut Kohl Ehrenvorsitzender der CDU Deutschlands werden soll. Daehre sagte, er hätte es sich gewünscht, nicht nur die letzten acht Jahre, sondern die ganzen sechzehn Regierungsjahre unter Helmut Kohl erlebt zu haben.

Was die kürzlich thematisierte Forderung anbelange, ehemalige SED-Mitglieder in die Union aufzunehmen, so gebe es in der CDU Sachsen-Anhalt bereits seit zwei Jahren einen Beschluß, der es den Kreisverbänden ermögliche, über diese Aufnahmen zu entscheiden. Es könne jedoch nicht Sache der CDU sein, ehemalige SED-Funktionäre zum Eintritt in die CDU zu ermuntern.

Als Wegbereiter der Deutschen Einheit sollte die Union damit anfangen, die sprachliche Teilung in West- und Ostdeutsche, neue und alte Bundesländer, zu überwinden. Dies sei zu bewerkstelligen, wenn man sich in erster Linie als Bürger seines Landes, also Sachsen-Anhalter, fühle und bezeichne.

Daehre wies darauf hin, daß die Wochen und Monate zwischen der Landtags- und der Bundestagswahl aufgrund der harten, öffentlich geäußerten Vorwürfe, für ihn eine außerordentlich bittere Zeit gewesen sei. Ganz wesentlich müsse nun in Sachsen-Anhalt darauf hingearbeitet werden, daß es wieder Freude mache, in der Union Mitglied zu sein und für die Ziele der Union einzutreten.

Für die Zusammenarbeit in den letzten Jahren gebühre ein besonderer Dank dem

Landesvorstand, den Kreisvorsitzenden sowie dem Landesgeschäftsführer und seinen Mitarbeitern. Daehre erwähnte abschließend, daß er seinem Nachfolger viel Erfolg sowie das Vertrauen der Landespartei wünsche.

Der 8. Landesparteitag dankte dem scheidenden Landesvorsitzenden mit langanhaltenden stehendem Beifall.

Aufbau einer freiheitlichen Demokratie

Der Fraktionsvorsitzende, Christoph Bergner, zitierte in seinem Bericht einen Mitstreiter im Wahlkampf, der gesagt habe, er bereue keine Minute, die er für den Kanzler der Deutschen Einheit im Wahlkampf eingesetzt habe, denn er habe ihm viel zu verdanken. Wert und Bedeutung der CDU ließen sich an den Leistungen des Aufbaus einer freiheitlichen Demokratie in Deutschland messen, so Christoph Bergner.

Er habe nach den verlorenen Wahlen nach seiner persönlichen Verantwortung in ganz besonderer Weise gefragt. Sein Image als Spitzenkandidat, das 1994 noch einen Beitrag zum Erfolg leisten konnte, sei im Wahlkampf 1998 nicht mehr gefragt gewesen. Es sei klar, daß die Partei 2002 einen neuen Spitzenkandidaten bzw. eine neue Spitzenkandidatin benötige. Er werde diesen Kandidaten bzw. diese Kandidatin nach allen Kräften unterstützen.

Wahl des neuen Landesvorsitzenden

Mit großer Mehrheit wurde Wolfgang Böhmer zum neuen Landesvorsitzenden der CDU Sachsen-Anhalt gewählt. Unter anhaltendem Beifall des Landesparteitages dankte Böhmer den Delegierten sowie seinem Vorgänger, Karl-Heinz Daehre, der 1993 den CDU-Landesvorsitz übernahm und dem es damals gelungen sei, die Partei zusammenzuführen.

Generalsekretär Peter Hintze:

Ein Jahrzehnt überzeugende Demokratiearbeit an der Spitze des Parlaments

Rita Süßmuth scheidet aus dem Amt der Bundestagspräsidentin aus. In einem für Deutschland schicksalhaften Jahrzehnt hat sie dieses Amt souverän und mit sicherem Gespür für den Rang und die Erfordernisse der parlamentarischen Arbeit ausgeübt.

Nach der Wiedervereinigung hat sie sich mit großem persönlichen Engagement für die Vollendung der inneren Einheit unseres Vaterlandes eingesetzt und ihr hohes Ansehen dazu genutzt, der Öffentlichkeit ein positives Bild

von der gesamtdeutschen Volksvertretung und von der demokratischen Ordnung des wiedervereinigten Deutschlands zu vermitteln. Sie hat wichtige Beiträge zur Völkerverständigung geleistet und genießt auch international höchstes Ansehen.

Rita Süßmuth hat als Präsidentin des Deutschen Bundestages Maßstäbe gesetzt. Sie hat sich große Verdienste um das deutsche Parlament erworben. Die CDU Deutschlands dankt ihr dafür und ist stolz, sie in den eigenen Reihen zu wissen.

Der neue Landesvorsitzende erklärte, die CDU in Sachsen-Anhalt benötige keine neuen Programme, aber eine neue politische Didaktik. Erfolgreich könne man nur sein, wenn man die potentiellen Wähler erreiche und von der Problemlösungskompetenz der Union überzeuge. Soziale Gerechtigkeit in Freiheit könne die soziale Marktwirtschaft erwiesenermaßen wesentlich besser leisten als die von den Sozialisten propagierte Umverteilungspolitik. Zum christlichen Menschenbild gehöre die freie Selbstentfaltung, und in diesem Spannungsfeld müsse nach neuen Lösungen gesucht werden.

Böhmer erwähnte, er habe dankbar vernommen, daß alle Kreisverbände ihre Bereitschaft zur Mitarbeit und zur Erreichung der gesteckten Ziele erklärt hätten. Die Union habe für die Zukunft gute Chancen, die es zu nutzen gelte.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden gewählt: Uda Heller, Jürgen

Scharf, Thomas Webel. Neuer Landeschatzmeister der CDU Sachsen-Anhalt ist Christoph von Katte. Von den 15 Beisitzern wurden 7 Mitglieder der CDU Sachsen-Anhalt neu in den Landesvorstand gewählt. Dieser setzt sich nun wie folgt zusammen: Bernhard Bönisch, Dorit Dalchow, Christian Fischer, Reiner Haseloff, Karsten Knolle, Thomas Madl, Rainer Nitsche, Ulrich Petzold, Urte Rötzel, Uwe Schulze, Werner Sobetzko, Margarete Späte, Carmen Stange, Eva Tischner, Petra Wernicke.

Der Landesparteitag verabschiedete etliche Anträge zur Satzung der CDU Sachsen-Anhalt. Unter anderem wurde die Bildung eines Landesfachbeirates beschlossen, der eine engere Verzahnung der unterschiedlichen Ebenen zur Überwindung von Strukturdefiziten erreichen soll, sowie einer Arbeitsgruppe „Struktur 2000“, die sich für eine bessere Breitenwirkung der politisch-inhaltlichen Arbeit und eine Stärkung der Parteiorganisation einsetzen wird.

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk nur aus Gebühren finanzieren

Zum Diskussionspapier von Herrn Van Miert über die Ausgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erklärte der Medienbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Otto Wilhelm, anlässlich eines Expertengesprächs in Brüssel:

Auch wenn es rechtlich mehr als fragwürdig ist, weshalb die europäische Kommission in die Gestaltung des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingreifen will, ist die angestoßene Diskussion im Grundsatz richtig. Es muß aber festgehalten werden: Die Ausgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und dessen Auftrag bleibt, was Herr Van Miert bestätigt, Aufgabe der einzelnen Mitgliedsstaaten. Jedoch muß der einzelne Mitgliedsstaat, und hier widerspreche ich Herrn Van Miert, seine Beschlüsse nicht von der Kommission überprüfen lassen.

Auch wenn es keine Kompetenz der EU-Kommission auf diesem Gebiet gibt, sollte die aufgeworfene Frage nach der Art der Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aufgegriffen werden:

Die Mischfinanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus Werbung und Gebühren steht ihrem Auftrag, Grundversorgung auf hohem Qualitätsniveau zu sichern, entgegen. Der Kampf um Werbeeinnahmen zwingt die öffentlich-rechtlichen Sender, ihr Programm auch den Wünschen der Werbewirtschaft anzupassen. Es kommt immer öfter zum Kampf um Quoten, anstatt sich um höchstmögliche Qualität zu bemühen. Gerade Informationssendungen, sei es über Politik, Wirtschaft und Kultur, aber

auch reine Bildungs- und Kultursendungen, können allzu leicht als Quotenkiller ins Abseits geraten oder in Spartenkanäle abgeschoben werden, obwohl sie unverzichtbarer Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind. Auch ist die Aufgabe dieser Sender, alle gesellschaftlichen Gruppen anzusprechen und in ihrem Programm zu integrieren, gefährdet, denn die Werbewirtschaft ist eher an der konsumfreudigen Altersklasse der 19- bis 49jährigen interessiert. Kinder und ältere Menschen haben dann das Nachsehen.

Ebenso ist der Vorwurf der Kommission, die öffentlich-rechtlichen Sender könnten bei den Preisen für Werbeplätze die Privaten unterbieten, da sie die Differenz der Kosten aus den Gebühren finanzieren können, nicht von der Hand zu weisen. Der dadurch verursachte Preisverfall für Werbeplätze würde die privaten Sender in ihrer Existenz gefährden.

Aus diesen Gründen lehne ich die Vorschläge (b) duale Finanzierung und (c) öffentliche Ausschreibung zur Übernahme gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen von Herrn Van Miert entschieden ab. Zudem sind sie nicht praktikabel.

Ich plädiere daher nachdrücklich für einen werbefreien öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Option a im Diskussionspapier), damit dieser seine besondere Identität wahrt. Denn gerade auf den besonderen Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der daraus entstehenden Identität beruht die Gebührenlegitimation. Eine Verwischung dieser Identität würde sie und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk langfristig gefährden. ■

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

9. Dessauer Symposium (in Zusammenarbeit mit der Stiftung Bauhaus Dessau)

Die Wiederkehr des Sozialen

17. November 1998

Veranstaltungsort:

Stiftung Bauhaus Dessau

Aula

Gropiusallee 38

06846 Dessau

Hauptthemen:

Städte und Regionen im Wettbewerb

(Teil I)

- Wettbewerb der Regionen, Innovation und Stadtbürgertum (Stefanie Wahl, Bonn)
- Periphere Städte auf dem Weg in die Informationsgesellschaft (Dr. Hans-Joachim Kujath, Erkner)
- Soziale Polarisierungen und städtische Räume – Empirische Befunde am Beispiel Magdeburgs und

kommunale Handlungsstrategien (Annette Hard, Hannover)

Standortpolitik und soziale Stadt

(Teil II)

- Integriertes Management der Stadtentwicklung – Ansätze und Defizite in ostdeutschen Kommunen (Prof. Dr. Karl-Dieter Keim, Berlin)
- Grenzen und Alternativen kommunaler Beschäftigungspolitik (Prof. Dr. Hubert Heinelt, Darmstadt)
- Sozialorientierte Stadtentwicklung – Kooperative Modelle verschiedener Akteure im Stadtteil (Susanne Mersch, Berlin)

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Bildungszentrum

Schloß Wendgräben

Wendgräbener Chaussee

39279 Wendgräben

Fax-Nr.: (03 92 45) 9 52-206

Veranstaltung Nr. W-174:

Opposition und Dissidenz in der DDR – vom Mauerbau zum Mauerfall

Innerdeutscher Dialog für die Studenten und Lehrer

18. bis 20. November 1998

Hauptthemen:

- Opposition und Dissidenz – Grundlagen widerständigen Verhaltens gegen die SED-Diktatur.
- Das Jahr 1989 in Leipzig – Die Vorgeschichte der friedlichen

Revolution vom Herbst 1989.

- Von den Montagsdemonstrationen bis zum Runden Tisch.
- Vergangenheit aufarbeiten – Zukunft gestalten.

Weitere Informationen/
Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Bildungszentrum

Schloß Wendgräben

Wendgräbener Chaussee

39279 Wendgräben

Fax-Nr.: (03 92 45) 9 52-206

Jammert mir
nichts vor,
ich habe **CDU**
gewählt

▲ Aufkleber: Jammert mir nichts vor,...

Nun ist es soweit. Statt großer Steuerreform gibt es nur eine minimale Entlastung mit gleichzeitiger Erhöhung aller Kraftstoffkosten. Unter dem Strich bleibt weniger übrig als vorher. Im Gespräch mit Freunden, Bekannten und Arbeitskollegen hören Sie jetzt oft, „Das haben wir nicht gewollt“. Als Antwort auf dieses Gejammer empfehlen wir unseren neuen Aufkleber: „Jammert mir nichts vor...“

Bestell-Nr.: **9513**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 15,00 DM



▲ Kaffeetasse: „Jammert mir nichts vor...“

Zusätzlich zu dem heißbegehrten Aufkleber ist jetzt auch die Keramiktasse mit dem Aufdruck „Jammert mir nichts vor...“ erhältlich.

Bestell-Nr.: **9514**,

Preis je Tasse: 4,30 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 14 65

59306 Ennigerloh

Fax (0 25 24) 91 13 10

E-Mail: georg.simon @bertelsmann.de

◀ Bleistift: <http://www.cdu.de>

Bestell-Nr.: **9036**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 28,00 DM



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

● Wege der Frauen in die Informationsgesellschaft

Beschluß des 22. Bundesdelegiertentages der Frauen-Union

Die Welt der Datenautobahnen ist die des Mannes, in der die Surferinnen im Internet zur Minderheit gehören. So schrumpfte beispielsweise der Anteil der Frauen bei den Studienanfängerinnen im Fach Informatik von 19 auf 13%, während sich gleichzeitig der Anteil der Studienanfängerinnen insgesamt ständig erhöhte. Wo müssen wir ansetzen, damit Frauen sich in der neuen Multimediawelt zuhause fühlen? Wo entstehen neue Berufsfelder und Arbeitsmarktchancen?

Der vorliegende Beschluß will eine breite Diskussion in der Frauen-Union anstoßen

Bestell-Nr.: 5500

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 23,10 DM



UID

36/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.